



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/166 - 20.7.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Verstärkte Spannung zwischen Regierung und Gewerkschaftsbund	S. 1
Das Lohn-Preis-Abkommen und die KP Österreichs	S. 3
Sowjetskont und Schuman-Plan	S. 5
NWDR für Franco ?	S. 6
Staat steuerbegünstigt Schmierer	S. 6

Misstimmung beim D G B

(sp) Die in letzter Zeit eingetretene wesentliche Verschärfung in den Beziehungen des DGB zur Bundes-Regierung und auch zu alliierten Stellen wird nach dem Urteil gut unterrichteter Beobachter voraussichtlich in der nächsten Zeit noch wachsen. In maßgebenden Kreisen des DGB hat man das unangenehme Gefühl, genaeführt zu werden. Man täusche sich erheblich, so wird dort erklärt, wenn man glaube, die Gewerkschaften durch ein Entgegenkommen in gewissen Grundsatz-Fragen, das ohnehin zwangsläufig war, "in der Tasche zu haben". Man werde auf diese Einstellung unmißverständlich reagieren.

Das ist zunächst durch die Antwort des DGB auf eine Erklärung des sogenannten "Gemeinschafts-Ausschusses" der deutschen gewerblichen Wirtschaft geschehen. Sie spricht von einer "Kampfansage" dieser industriellen Spitzen-Körperschaft und verbittet sich die Behauptung, daß der DGB einen grundsätzlichen Verzicht auf weitere Lohnforderungen ausgesprochen habe.

Außerordentliches Mißfallen hat dann auch, wie man weiß, die alliierte Anordnung hervorgerufen, die sogenannten C-Gesellschaften aus der Neuordnung für Kohle und Eisen herauszunehmen. In diesem Punkt sind sich IG-Bergbau und DKBL (Deutsche Kohlenbergbau-Leitung) einig.

Was die Bildung der neuen Kern-Gesellschaften und die Frage der Aktien-Neuzuteilung anbelangt, so wird immer klarer, daß nicht nur die alliierten Stellen und die Bundes-Regierung, sondern auch einige Stahltruhänder mit dieser Neuregelung, die die Altbesitzer weitgehend in ihre früheren Rechte und Positionen einsetzt, einverstanden sind. Hier richtet sich der Protest des DGB sowohl gegen die interessierten deutschen als auch alliierten Stellen, die diese Restauration fördern.

Inzwischen liegen in immer größerer Zahl Berichte über wachsende Kurzarbeit und immer mehr Entlassungswellen vor. Die Hauptursache dürfte ein allgemeiner Materialmangel (wie vor allem in der Stahl-Industrie) und der spezielle Kohlenmangel sein, der natürlich bei den kohlenintensiven Betrieben, wie denen der Chemie, besonders fühlbar wird. Von industrieller Seite werden auffallende Absatzstokungen, ganz besonders in der Schuh-Industrie, mit käuferstreikähnlichen Erscheinungen erklärt, die den Zweck haben, die Preise zu drücken. Vereinzelt mag das, so wird uns von sachverständiger Seite gesagt, zutreffen. Im allgemeinen aber sei der Grund einfach in der fehlenden Kaufkraft zu suchen.

Die Entwicklung, die in allen diesen Vorgängen deutlich wird, registriert die Führung der Gewerkschaften mit ausgesprochenem Unbehagen und Mißtrauen. Sie ist, wie wir hören, vor allem darüber ungehalten, daß sofort nach dem Beginn der parlamentarischen Ferien und der auch in den Ministerien angelaufenen Urlaubszeit alle diese Dinge mit besonders auffallendem Nachdruck vorwärtsgetrieben werden. Offenbar glaube man, so wird bei den Gewerkschaften erklärt, an den interessierten Stellen, in dieser Zeit freier und ungehinderter die eigenen Ziele verfolgen und leichter vollendete Tatsachen schaffen zu können.

Solche Absichten würden die Gewerkschaften mit größter Aufmerksamkeit und in klarer Abwehrstellung verfolgen.

Kein Putsch - Wetter für Österreichs KP

P. Wien, im Juli

Ohne Zweifel verfügt die Führung der österreichischen KP über eine Reihe witziger Köpfe. Außerdem besitzen die Kommunisten überzeugte Helfershelfer in der ostzonalen Polizei, einige ihrer Hauptlinge berufen sich gelegentlich auf gute Beziehungen zu anderen Parteien, vor allem zum "linken Flügel" der Sozialisten oder aber sie paradien mit orthodoxen Katholiken. Bei der Präsidentenwahl glaubten sie ein besonders kluges Stück vollführt zu haben, als sie sich samt und sonders für General Dr. Körner entschieden und sie spekulierten bereits damit, daß sie die Dankbarkeit der SPÖ genügend ausnützen könnten. Aber die Sozialisten blieben zugeknöpft: Sie verboten ihren Organisationen gemeinsame Veranstaltungen mit der KP und ließen die Forderungen der sich Anbiedernden, nämlich das Zusammengehen mit der Österreichischen Volkspartei zu beenden, unbeantwortet. Die Kominform-Politiker hatten sich den Ausgang des Spiels anders vorgestellt. So wirft das Kominform den Jüngern Moskaus in Österreich nun schlechte Politik vor.

Es heißt, man habe der Wiener KP-Zentrale wieder einmal eine Galgenfrist zum Nachweis der Tüchtigkeit gegeben. Der Anlaß bot sich bald und es gab auch genügend Zeit, sich darauf vorzubereiten. Seit Wochen nämlich wurden Verhandlungen über das neue Preis-Lohn-Abkommen geführt. Es ist das fünfte seit 1945. Vier dieser Pakte haben sich nicht so bewährt, als daß weitere Wiederholungen dem Volke Vergnügen bereiten könnten. Indes: Die Situation Österreichs verlangte eine neue Regelung, nicht zuletzt dank der exorbitanten Forderungen, die die Freunde der österreichischen KP für ihre Kohlenpreise stellen, eine Tonne oberschlesischer Steinkohle kostet nämlich 594 Schilling, das ist das fast Dreißigfache des Preises von 1945. Um das Siebzehnfache stieg der Preis für tschechische Generatorenkohle, um mehr als das Elffache die grobe tschechische Braunkohle. Die österreichischen Sorten dieser Art sind nur um das Zehn- bis Elffache gestiegen. Dennoch treibt die USIA (ungefähr der ostdeutschen HO gleichzustellen) mit der

österreichischen Kohle besonders verwerflichen Wucher: Sie verlangt für Steinkohle aus Österreich das Sechzehnfache des Preises von 1945.

Die kommunistischen Staaten haben also zu einem bedeutenden Anteil die Preissteigerungen in Österreich erst provoziert. Da sie außerdem ihre Lieferzusagen seit Monaten nicht einhalten, geraten Industrie und staatliche Unternehmungen von Zeit zu Zeit in erhebliche Schwierigkeiten, die durch die Rolle, die die USIA-Betriebe in Wirtschaft und Staatshaushalt ohnehin schon spielen, Österreich mit besonderer Wucht treffen. Auf eine Anfrage etlicher sozialistischer Abgeordneter nach den Steuerleistungen der sowjetischen Unternehmungen entwarf der Finanzminister ein trübes Bild: Die österreichischen Finanzämter führen 471 USIA-Betriebe in Evidenz, aber sie wissen nicht, ob diese Zahl auch wirklich stimmt, denn von den Russen bekommen sie keine Aufklärung und können keine Kontrollen durchführen. Den dadurch eingetretenen Steuerausfall beziffert der Minister für die Zeit von 1946 bis 1950 auf eine halbe Milliarde Schilling, das sind 100 Millionen D-Mark.

Unter solchen Umständen ist die KP-Propaganda gegen das neue Lohn-Preis-Abkommen umso infamer. Die KP verlangt Urabstimmungen in den Betrieben. Sie hetzt gegen die "Hungerpolitik". Aber der österreichische Arbeiter, so ungern er von den neuen Preisen und Löhnen hört, die ab 16. Juli gelten, war dennoch auf der Hut vor falschen Freunden. Da es mit der Urabstimmung nicht klappte, versuchten es KP-Trupps mit Gewalt. Sie drangen in Betriebe der Ostzone ein und begannen Sabotageakte. Bald waren sie am Ende mit ihrem russisch.

Die Arbeiter wissen sich zu wehren. Der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, NR. (Nationalrat) Johann Böhm, rief in einer überfüllten Versammlung im Wiener Konzerthaus den Kommunisten zu: "Gewalt wird mit Gewalt beantwortet werden". Es scheint, als müssen sich die Kommunisten belehren lassen, daß es nicht rateam ist, gegen die unerschütterliche Front der österreichischen Arbeiter zu putschen.

Sowjetzone und Schuman-Plan

Von der Leitung der in der Sowjetzone illegal arbeitenden SPD wurde uns die folgende Erklärung zugestellt:

"Wir haben erfahren, daß eine sogenannte Widerstandsgruppe aus der Sowjetzone, "Die deutsche Freiheitsliga", die kommunistischen Propagandatiraden gegen den Schuman-Plan zum Anlaß nimmt, um in demagogischer Weise für den Schuman-Plan zu werben. Dabei wird angeblich im Namen "vieler tausender aktiver Mitkämpfer und Millionen Anhänger" gesprochen, die nach diesen Behauptungen für den Schuman-Plan eintreten.

Wir, die illegalen Sozialdemokraten der Sowjetzone und mit uns tausende aktiver freiheitlicher Mitkämpfer, sehen in der heutigen Form des Schuman-Planes den Versuch einer kleindeutschen und kleineuropäischen Lösung und damit eine Entscheidung gegen ein freies Gesamtdeutschland in einem freien Europa. Wir sehen in der kleineuropäischen Lösung des Schuman-Planes verhängnisvolle Folgen für eine freiheitliche deutsche Ostpolitik. Eine Annahme des Schuman-Planes durch die Bundesrepublik würde bei den Menschen der Zone das Gefühl des Abgeschriebenseins verstärken und schwerwiegende Folgen für die politische und moralische Widerstandshaltung der Bevölkerung in der Sowjetzone nach sich ziehen.

Wir betrachten es als einen Gipfel der Demagogie, die kommunistische Ablehnung des Schuman-Planes zum Anlaß zu nehmen, um Stimmung für den Schuman-Plan zu machen. Wir erklären für Millionen deutscher Menschen in der Ostzone, daß die kommunistische Propaganda uns völlig unbertührt läßt und nicht imstande ist, den Sinn unserer entschiedenen Ablehnung des Schuman-Planes zu verfälschen. Wir erklären uns mit den Kräften in der Bundesrepublik solidarisch, die ein einheitliches Europa und nicht nur die Einheitlichkeit eines Teiles unseres Kontinentes auf der Grundlage der Gleichberechtigung anstreben. Wir begrüßen die über den Sonder RIAS gerichteten Ausführungen des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Dr. Kurt S c h u m a c h e r , in denen er nachwies, daß der Schuman-Plan nirgends die Möglichkeit oder gar den Willen zeigt, das ganze Deutschland einzubeziehen. Wir sind erbittert darüber, daß bei den Pariser Verhandlungen zum Schuman-Plan niemals das Schicksal der Sowjetzone und niemals die Frage der deutschen Einheit erörtert worden sind.

Wir kämpfen in der Sowjetzone für ein freies Gesamtdeutschland in einem freien Europa. Wir kämpfen gegen ein Klein-Europa, das den europäischen Gedanken für wirtschaftliche Hegemonieziele mißbraucht, so wie die Kommunisten den Gedanken des Friedens zur Schwächung der westlichen Welt mißbrauchen".

N W D R für Franco

J.F.W. Der nach seiner Aufgabe, weniger nach seiner Funktion überparteiliche NWDR ist mit einer bemerkenswerten Unbekümmertheit gegenüber dem in dieser Frage bevorstehenden Meinungskampf für Franco.

Am 18. Juli brachte dieser Sender einen Kommentar von Hans Erwin Haberfeld mit der klaren Tendenz: Ein Bündnis mit Franco muß sein. Am 19. Juli zitierte der gleiche NWDR in seiner Pressechau ausschließlich irreführend als unabhängig bezeichnete Blätter von Art der "Welt", des "Tagespiegels" oder des "Abendblattes", die sich bemühen, Franco hoffähig zu machen. Die zahlreichen Äußerungen demokratischer, besonders sozialdemokratischer Zeitungen, die ein Zusammengehen mit Franco in diesen Tagen ablehnten, wurden vom NWDR verschwiegen.

Bei Berücksichtigung des Werdeganges eines Großteils der NWDR-Mitarbeiter ist es leider verständlich, daß man in seinen Sendehäusern offenbar nur die Alternative Kommunismus oder Faschismus sieht: Daß man nicht zu erkennen vermag, daß es außer der Wahl zwischen zwei Diktatorsystemen auch noch eine dritte, positive, Möglichkeit gibt - den Zusammenschluß der demokratischen und humanitären Kräfte des Westens, die einig in der Ablehnung jedes totalitären Systems sind. Wenn man sich beim NWDR schon nicht zu dieser eigentlich selbstverständlichen Einstellung durchringen kann, so können die Hörer doch verlangen, über die Meinung der freiheitlichen Welt objektiv unterrichtet zu werden. Einseitige Presseübersichten nach einseitigen Kommentaren müssen sie sich verbitten.

+ + +

Staat steuerbegünstigt Schmierern

D.E. "Die Anerkennung von Schmiergeldern als Betriebsausgaben ist in jedem Fall vom Nachweis der Zahlung und gegebenenfalls der Person des Empfängers abhängig". Dies teilt die Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel in einem längeren Bericht über

einen Vortrag von Oberregierungsrat Kolbe vom Finanzministerium Nordrhein-Westfalen ("Aktuelle Fragen aus Steuerrecht und Buchführung") der Presse mit.

Dieser eine Satz aus dem drei Seiten langen Bericht über Tips dafür, wie man keine Steuern zu bezahlen braucht, ist aufschlußreich genug. Eine ganze Reihe von Dingen ist in diesem Zusammenhang interessant.

1. gibt es Schmiergelder, die von Behörden anerkannt werden - sie gehören also zu den Arbeitsmitteln der freien Wirtschaft.

2. kann man sie steuerlich absetzen - welche Wohltat für Schmierer und Geschmierte, sie werden nun wenigstens nicht wie Lohn- und Gehaltsempfänger steuerlich belastet. Angeschmiert also ist der Staat, der schmieren steuerbegünstigt und dann noch seine Beamten, wie genannten Oberregierungsrat, indirekt für die Unterweisung dafür bezahlt, wie Schmiergelder steuerlich zu behandeln seien.

Ob der Herr Oberregierungsrat wohl auch Lohn- und Gehaltsempfängern ähnliche Tips gibt? Und schließlich: Ist es Aufgabe der Industrie- und Handelskammern, sich mit solchen fragwürdigen Ratschlägen zu befassen?

+ + +

Arbeitstagung sozialistischer Juristen

Am Samstag, dem 4. August, findet in der Universität Mainz eine Tagung sozialdemokratischer Juristen statt, auf der, neben der Erörterung allgemeiner juristischer Probleme, der Referent der Sozialpolitischen Abteilung des Parteivorstandes der SPD über die sozialpolitische Arbeit der SPD sprechen wird. Im Rahmen der Tagung finden ferner Besprechungen zum diesjährigen deutschen Juristentag statt.

x

Zusammenkunft süddeutscher Kulturreferenten

Der Parteivorstand der SPD beabsichtigt in der Zeit vom 23. bis 29. September in der Georg von Vollmar-Schule in Kochel/Obb. eine Zusammenkunft der leitenden Kulturreferenten aus den süddeutschen Ländern. Auf diesem Treffen sollen kulturpolitische, wirtschafts- und außenpolitische Probleme der SPD-Schulungsarbeit, sowie Fragen der Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen behandelt werden.

Verantwortlich: Peter Raunau